

Klarer Kurs für Brandenburg



Wahlprogramm der CDU Brandenburg zur Landtagswahl am 27. September 2009

Einstimmiger Beschluss des 23. Landesparteitages

am 11. Juli 2009 in Potsdam



CDU BRANDENBURG

Ahornstrasse 28 - 32
Medienhaus 55
14482 Potsdam - Babelsberg
Tel.: 0331-620 14-0
Fax: 0331-620 14-14
www.klarer-kurs.de

Inhaltsverzeichnis

CDU BRANDENBURG – KLARER KURS FÜR UNSER LAND	2
1. BILDUNG – GERECHTE ZUKUNFTSCHANCEN FÜR UNSERE KINDER	3
2. WIRTSCHAFT UND VERKEHR – WACHSTUM UND BESCHÄFTIGUNG	7
3. MODERNE VERWALTUNG – SOLIDE FINANZEN – STARKE KOMMUNEN	12
4. VERANTWORTUNGSVOLLE GESUNDHEITS- UND SOZIALPOLITIK	15
5. FREIHEIT DURCH RECHT UND SICHERHEIT	18
6. UNSERE LANDWIRTSCHAFT HAT PERSPEKTIVE	20
7. WISSENSCHAFT, FORSCHUNG UND KULTUR – TRADITION UND ZUKUNFT	22
8. ZUKUNFT DES LÄNDLICHEN RAUMS – ZUKUNFT FÜR BRANDENBURG	24
9. GESCHICHTE PRÄGT UNSERE PERSPEKTIVE	25

CDU Brandenburg – Klarer Kurs für unser Land

Brandenburg hat aufgeholt, aber Brandenburg kann noch viel mehr. Seit die CDU 1999 in die Regierung eingetreten ist, wurden in vielen Bereichen der Landespolitik die Weichen neu gestellt und Fehlentwicklungen korrigiert. Besondere Schwerpunkte waren dabei die Bildungs- und Wirtschaftspolitik sowie die innere Sicherheit.

Nicht zufällig wurde im Jahr 1999 durch die CDU eine Bildungsoffensive eingeleitet, deren Erfolge heute deutlich sichtbar sind. Bei der ersten PISA-Studie belegte Brandenburg einen der letzten Plätze. Die aktuellen Zahlen zeigen hingegen, dass sich unsere Schüler mit dem größten Sprung aller Bundesländer auf einen guten Mittelfeldplatz vorgearbeitet haben. Dies ist das Ergebnis unserer Bildungspolitik, die wir unvermindert fortsetzen werden.

Unsere Politik für und mit dem Mittelstand zahlt sich aus. Bestes Beispiel: Die regionale Wirtschaft profitiert stark vom neuen Hauptstadtflughafen Berlin Brandenburg International in Schönefeld. Rund 80 Prozent der bislang vergebenen Aufträge im Wert von knapp einer Milliarde Euro gingen an einheimische Firmen.

Brandenburg ist in den vergangenen Jahren noch sicherer geworden. Der kontinuierliche Rückgang bei Straftaten und Verkehrsunfällen bestätigt den 1999 eingeschlagenen Modernisierungskurs von Struktur, Ausrüstung und Strategie der Polizei.

Nur mit der Kreativität und der Leistungsbereitschaft der Brandenburger konnten diese Erfolge erreicht werden. Darum begegnen wir den Bürgern mit Respekt und bitten sie, mit uns gemeinsam für den Erfolg unseres Landes weiter zu arbeiten. In einer Zeit von Unsicherheit und Veränderung bieten wir einen klaren politischen Kurs. Einen Kurs, der durch Besonnenheit, Verlässlichkeit und Entschlusskraft gekennzeichnet ist. Grundlage unseres Handelns ist dabei das christliche Bild des Menschen mit seiner unantastbaren Würde. Ausgehend von den Grundwerten Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit setzen wir uns für Brandenburg ein. Mit dem Fleiß unserer Bürger und der Liebe zu unserer Heimat werden wir unser Land auch in Zukunft weiter voranbringen.

Dazu laden wir ein und bitten um Ihre Unterstützung.

1. Bildung – gerechte Zukunftschancen für unsere Kinder

Die CDU Brandenburg steht für ein modernes Bildungssystem, das unseren Kindern gerechte Chancen ermöglicht. Wir wollen Bildungsqualität durch eine individuelle Förderung und durch eine klare Leistungsorientierung, die auch die konsequente Durchsetzung der Schulpflicht umfasst. Wir setzen auf klare Qualitätsstandards und eine solide Allgemeinbildung. Lesen, Schreiben und Rechnen sind grundlegende Voraussetzungen für den Lernerfolg in allen Fächern und damit für erfolgreiche Bildungswege.

Erziehung und Bildung sind eine Einheit. Dies beinhaltet die Vermittlung von Werten wie Verantwortungs- und Rechtsbewusstsein, Respekt und Nächstenliebe. Deshalb muss neben der Familie auch in den Kindereinrichtungen und im Unterricht eine entsprechende Wertevermittlung stattfinden.

Mit einer Vielzahl von wichtigen Veränderungen wurden die Leistungsorientierung gestärkt, die Bildungsqualität erhöht und die Bildungsvielfalt verbessert. Die Impulse unserer Bildungsoffensive haben Brandenburg seit 1999 eindeutig vorgebracht. Brandenburg hat laut PISA-Studie im bundesdeutschen Vergleich am meisten zugelegt. Auf diese Erfolge können die Schüler, Eltern und Lehrer stolz sein. Wir wollen diesen klaren Kurs fortsetzen.

Bestandsgarantie für ein vielfältiges Schulsystem

Wir geben den Brandenburgern eine Bestandsgarantie für das vielfältige Schulsystem. Die Durchlässigkeit von Schulformen und Bildungsabschnitten ist dabei zu garantieren. Wir wollen dadurch Ruhe und Verlässlichkeit in der Bildung. Mit uns gibt es keine neuen Strukturdebatten. Experimente in Richtung einer Einheitszwangschule lehnen wir konsequent ab. Vielmehr wollen wir die Qualität des Unterrichts verbessern und die Schüler auf Grundlage ihrer individuellen Stärken fördern und fordern. Wir orientieren uns dabei am Leistungsprinzip und stehen für Bildungsvielfalt. Schulen in freier Trägerschaft sind dabei ein belebendes Element und eine Bereicherung der Bildungslandschaft. Zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf sollen Ganztagsangebote bedarfsgerecht ausgebaut werden.

Der Unterrichtsausfall ist in Brandenburg immer noch zu hoch. Jeder Schüler hat nicht nur das Recht auf gute Bildung, sondern auch das Recht auf jede einzelne Unterrichtsstunde. Deshalb stehen wir für eine Unterrichtsgarantie. Wir wollen jede Schule durch ein eigenes zusätzliches Finanzbudget in die Lage versetzen, den geplanten Unterricht zu garantieren.

Eine gesicherte personelle Ausstattung werden wir durch die Neueinstellung von mindestens 1.500 neuen Lehrern gewährleisten. Um den Lehrerbedarf in Zukunft zu decken, setzen wir zudem auf Vorverträge für angehende motivierte Lehrkräfte, die somit rechtzeitig für den Schuldienst gewonnen und an unser Land gebunden werden. Die Lehreraus- und -fortbildung ist an die wirklichen Bedürfnisse anzupassen.

Die Schule muss im Ort bleiben. Wir setzen uns für Regelungen ein, die es ermöglichen, Schulen trotz sinkender Schülerzahlen auf dem Land dauerhaft zu erhalten. Einzügigkeit, Kooperationen zwischen Grund- und Oberschulen und die Senkung der Klassenfrequenzen sollen den Schulen im ländlichen Raum als Handlungsoptionen an die Hand gegeben werden, um weiter Unterricht für Schülerinnen und Schüler vor Ort anzubieten. Dabei gilt unser Ansatz, dass die Fahrzeit zwischen Wohnort und Schule für die Schülerinnen und Schüler nicht unzumutbar werden darf. Für Grundschulen sollte die Fahrzeit möglichst nicht mehr als 30 Minuten, für die weiterführenden Schulen nicht mehr als eine Stunde betragen.

Die Selbstständigkeit der Schulen wollen wir erweitern. Vor Ort wissen die Verantwortlichen am besten, welche Lösungen sinnvoll sind. Die Aufgaben und Strukturen der staatlichen Schulämter sind deshalb grundsätzlich zu überprüfen, um die Qualität der Serviceleistungen für die Schulen zu verbessern. Durch einen konsequenten Bürokratieabbau im schulischen Bereich müssen mehr Freiräume für Schulleiter und Lehrer geschaffen werden. Dies kommt der Qualität des Unterrichts zugute.

Gerechte Bildung von Anfang an

Die Bildung und Erziehung unserer Kinder ist eine dankbare Aufgabe voller Herausforderungen. Wir werden den Personalschlüssel in den Kindereinrichtungen ab 2010 deutlich verbessern. Dies dient auch dazu, dass Erzieherinnen und Erzieher wieder Zeit zur Vor- und Nachbereitung von Bildungsaufgaben in der Kita erhalten.

Eine Erzieherin soll im Krippenbereich nicht mehr als sechs Kinder und im Kindergartenbereich nicht mehr als zwölf Kinder betreuen. Die Zusammenarbeit der Kindereinrichtungen mit den Grundschulen ist fortzuführen und qualitativ weiter auszubauen. Die Ausbildung der Erzieherinnen ist mit dem Schwerpunkt frühkindliche Bildung grundlegend zu reformieren. Darüber hinaus soll die individuelle Betreuung von Kindern unter drei Jahren durch Tagesmütter und Tagesväter weiter ausgebaut werden.

Eine umfassende Vorbereitung auf die Schulzeit kann durch ein kostenfreies letztes Kita-Jahr ermöglicht werden. Durch altersgemäße Bildung wollen wir allen Kindern einen erfolgreichen Start ins Schulleben ermöglichen. Ziel ist es, Eltern von den Kosten zu entlasten.

Die Entscheidung für eine Schule vor Ort ist für Eltern und Kinder gleichermaßen von Bedeutung. Die CDU möchte mit der Einschulung eine freie Schulwahl einführen. Familien sollen selbst entscheiden können, welches schulische Angebot ab Klasse 1 für die Kinder in Frage kommt.

Die Union steht für Bildungsgerechtigkeit. Das bedeutet, dass auf die besondere Lernsituation der Schüler eingegangen wird. Lernschwache Schüler wollen wir durch die Einrichtung von Praxisklassen, den Ausbau von Fördercamps oder durch Produktionsschulen unterstützen und so die Zahl junger Menschen ohne Schulabschluss deutlich reduzieren. Gleichzeitig brauchen leistungsstarke und begabte Schüler ein bedarfsgerechtes Angebot an Leistungs- und Begabungsklassen. Entsprechend dem Beispiel anderer Bundesländer streben wir zudem die Gründung einer Hochbegabtschule für besonders lernstarke Schüler an.

Wir wollen den Erhalt von Förderschulen. Sie erfüllen als Schwerpunkte der sonderpädagogischen Förderung wichtige Aufgaben, denn Integration und Förderangebote gehören zur Bildungsvielfalt.

Wir stehen für den Erhalt dieser schulischen Vielfalt. Um dies zu gewährleisten, wollen wir die wöchentliche Unterrichtsverpflichtung der Lehrerinnen und Lehrer reduzieren. Dadurch können Lehrer einerseits besser den Unterricht vorbereiten und andererseits mehr Zeit für die individuelle Arbeit mit Kindern aufbringen.

Bessere Bildung – größere Berufs- und Studienchancen

Die CDU setzt sich konsequent für kleinere Klassen ein. In der Grundschule ist die Klassengröße auf maximal 24 Kinder festzulegen. Die Oberschule sowie die Gesamtschulen mit gymnasialer Oberstufe sind Grundlage für eine gute Vorbereitung der späteren beruflichen Ausbildung. Daher werden wir dafür sorgen, dass der Haupt- und Realschulabschluss an den Oberschulen verstärkt auf die Anforderungen der künftigen Ausbildungsbetriebe ausgerichtet werden. Darüber hinaus wollen wir diese Schulformen durch kleinere Klassen stärken. Mehr Lern- und Lehrzeit ist dringend erforderlich. Deshalb soll die Klassenstärke auf 20 reduziert werden.

An den Gymnasien setzen wir als Studienvorbereitung auf eine bessere Vermittlung von Allgemeinwissen und Grundlagenbildung. Dadurch steht den Abiturienten der Weg für jede Studienrichtung offen. Die CDU wird mit einer Begrenzung auf 24 Schüler pro Klasse bestmögliche Bedingungen dafür sicherstellen.

Bildungsstandards sind der Schlüssel zu verlässlicher und guter Bildung. Deshalb wollen wir ein Deutschlandabitur, das heißt, gemeinsame Standards und Inhalte bei den Abschlussprüfungen mit anderen Bundesländern. Dies bringt neben einem anregenden Wettbewerb vor allem eine Vergleichbarkeit, die unseren Absolventen bessere Startbedingungen für den Eintritt ins Berufsleben eröffnet. Um diesen Übergang weiter zu unterstützen, fordern wir auch die Einrichtung eines selbstständigen Schulfaches Wirtschaft ab der Klassenstufe 8.

Die Oberschule wird durch eine Durchlässigkeit gestärkt, um bei entsprechenden Leistungen auch nach Klasse 10 an das Gymnasium wechseln zu können. Wir wollen ein erreichbares Angebot für Oberschüler, um das berufliche Abitur auch nach 13 Jahren ablegen zu können.

Die Berufsschulen in Brandenburg ergänzen das vielfältige Angebot und sind deshalb von großer Bedeutung. Wir wollen die Qualität der dualen Ausbildung sichern. Außerdem wollen wir die Ausbildung an den Fachoberschulen durch die Kombination des zweijährigen Bildungsganges mit einer Berufsausbildung aufwerten. Die schulischen Noten sollen gleichberechtigter Bestandteil der Abschlusszeugnisse sein. Es ist darauf

hinzuwirken, dass Schulen und Ausbildungsbetriebe in die Erarbeitung der Prüfungsinhalte einbezogen werden.

2. Wirtschaft und Verkehr – Wachstum und Beschäftigung

Die Wirtschaftsentwicklung des Landes Brandenburg hat in den vergangenen Jahren durch den klaren Kurs der CDU eine positive Entwicklung genommen. Im Jahr 2005 wurde die Förderpolitik neu ausgerichtet. Nunmehr gibt es eine gezielte Konzentration der Fördermittel auf Wachstumskerne und spezielle Branchen, statt des unwirksamen „Gießkannenprinzips“ der 90er Jahre. Mit einer effektiven Förderung von zukunftsfähigen Investitionen und Projekten passen wir uns auch den schwieriger werdenden finanziellen Rahmenbedingungen des Landes, des Bundes und der EU an.

Diese Weichenstellung hat sich bereits bewährt, denn die Brandenburger Wirtschaft hat in den letzten drei Jahren einen stetigen Aufschwung genommen und erweist sich auch in den schwierigen Zeiten als robust. Wir werden diese gezielte Wirtschaftsförderpolitik weiter fortführen, um so auch einen positiven Wettbewerb der Regionen zu initiieren und die gegenwärtige Finanz- und Wirtschaftskrise zu bewältigen.

Im Zentrum unserer Politik steht unser Brandenburger Mittelstand – das sind kleine und mittlere Unternehmen, Handwerksbetriebe, Selbstständige und Freiberufler. Sie bilden das Rückgrat der Brandenburger Wirtschaft und sind der Motor des wirtschaftlichen Aufschwunges. Sie schaffen die Arbeits- und Ausbildungsplätze, zahlen Steuern und bereichern das gesellschaftliche Leben. Deshalb stehen für die CDU Brandenburg wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen einschließlich steuerlicher Entlastungen für den Mittelstand an erster Stelle.

Wettbewerb und Freiheit als Triebkraft der wirtschaftlichen Entwicklung

Es gibt für uns keine Alternative zur Sozialen Marktwirtschaft. Brandenburg braucht eine Politik, die Wettbewerb, Freiraum und Eigenverantwortung fördert und den Mut zur Selbstständigkeit stärkt. Nur so entstehen Arbeitsplätze, Fortschritt und Wachstum und nur so halten wir den nationalen und internationalen Herausforderungen stand. Wir wollen mehr Freiräume für privatwirtschaftliches Handeln und weniger staatlicher Regulierung,

Bevormundung und Umverteilung. Besonders dringend ist ein Gegensteuern bei der wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen, die in den letzten Jahren ihre Tätigkeit zu Lasten des Privatsektors erheblich ausgeweitet haben. Kommunale Betriebe genießen bei Besteuerung, Kreditbeschaffung und Auftragsvergabe erhebliche Vorteile und sind deshalb eine unfaire Konkurrenz gegenüber privaten Unternehmen.

Leistung und Arbeit müssen sich lohnen

Bei allen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen muss gewährleistet sein, dass eine reguläre Beschäftigung immer finanziell lohnender ist, als die staatliche Unterstützung. Staatliche Transferleistungen sollen nach Möglichkeit an eine Gegenleistung des Leistungsbeziehers gekoppelt sein. Zur Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit muss das besondere Augenmerk auf einer soliden Berufsausbildung und einer regelmäßigen berufsbegleitenden Qualifizierung liegen. In den Arbeitsmarktprogrammen des Landes sollen deshalb in erster Linie Weiterbildungsmaßnahmen verankert werden. Die Maßnahmen der Arbeitsförderung sind noch stärker an die Bedingungen unserer klein- und mittelständischen Unternehmen anzupassen. Die Unternehmenssteuerreform des Jahres 2008 hat die steuerrechtlichen Rahmenbedingungen der Gewerbesteuer für kleine Unternehmen mit geringem Umsatzvolumen und Personengesellschaften nicht verbessert. Wir setzen uns deshalb für eine grundsätzliche Steuerreform ein, die diese Mehrbelastung für unsere Brandenburger Unternehmen ausgleicht.

Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik aus einer Hand

Die Landesverwaltung muss ihr Handeln an den Prinzipien Effektivität und Effizienz ausrichten und Synergieeffekte bestmöglich nutzen. Vor diesem Hintergrund setzt sich die CDU Brandenburg für einen zukunftsorientierten Zuschnitt der Ressorts ein. Die Zuständigkeiten für die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik sollten daher zusammengeführt werden, denn das vorrangige Ziel der Wirtschaftspolitik liegt in der Sicherung und Schaffung dauerhafter Beschäftigung. Wir setzen uns für die Fortführung und Ausweitung des Optionsmodells für die Kommunen zur Betreuung von ALG II-Empfängern in eigener Zuständigkeit ein.

Lokalpatriotismus – aus Brandenburg für Brandenburg

Unsere Brandenburger Unternehmen sind wettbewerbs- und konkurrenzfähig. Sie brauchen keine Sonderprogramme, sondern Arbeit und Aufträge aus der Region.

Investitionen, die das Land Brandenburg tätigt, müssen insbesondere der heimischen Wirtschaft zugute kommen. Für öffentliche Aufträge gilt dabei zu beachten, dass billig nicht automatisch wirtschaftlich ist. Wir wollen daher das Bewusstsein schärfen, und noch stärker für einen gesunden Lokalpatriotismus im Rahmen eines fairen Wettbewerbs und der rechtlichen Schranken werben. Das ist in anderen Ländern selbstverständlich und muss auch für ein selbstbewusstes Brandenburg gelten.

Ein Baustein dafür soll ein Landesvergabegesetz sein. Wir wollen damit die öffentliche Auftragsvergabe mittelstandsfreundlicher und transparenter gestalten. Ziel eines solchen Gesetzes muss die Stärkung des Mittelstandes bei der Auftragsvergabe und eine Verhinderung von Dumpinglöhnen sein.

Auch in Zukunft wird die private Wirtschaft mit den kleinen und mittleren Unternehmen ein wichtiger Pfeiler des Landes Brandenburg sein. Wir können es uns nicht leisten, dass gesunde Firmen vom Markt verschwinden, weil der Inhaber aus Altersgründen aus dem Betrieb aussteigt oder es an qualifizierten Fachkräften mangelt. Darum ist es erforderlich, die bestehenden Maßnahmen der Landesregierung, der Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern und der Hochschulen des Landes im Rahmen eines Gesamtkonzeptes zur Unterstützung bei der Unternehmensnachfolge und zur Bekämpfung des Fachkräftemangels zu bündeln und offensiv zu kommunizieren.

Tourismus- und Marketingkonzept weiterentwickeln

Der Tourismus in Brandenburg ist einer der wichtigen Wirtschaftsmotoren hierzulande. Er schafft Arbeitsplätze, fördert den Heimatgedanken in den Regionen und bringt unser schönes Land den Menschen in aller Welt nahe. Deshalb muss diese Branche auch weiterhin im Fokus unseres politischen Handelns bleiben. Konzentration und Kooperation sowie der umweltverträgliche Ausbau der touristischen Infrastruktur, insbesondere der Wassertourismusinitiative Nord Brandenburg (WIN), sind für die CDU die Schlüssel für eine weitere positive Entwicklung der Tourismusbranche in Brandenburg. In einer noch engeren Zusammenarbeit oder der Zusammenlegung von Tourismusverbänden liegen dafür weitere Potenziale.

Brandenburg ist modern und zukunftsorientiert aber auch traditionsbewusst und lebenswert. Das wissen die Menschen in unserem Land zu schätzen. Wir wollen diese

Pluspunkte in Zukunft auch als Markenzeichen stärker betonen und eine entsprechende Imagekampagne für unser Heimatland Brandenburg initiieren. Ein positives Erscheinungsbild und ein Slogan mit hohem Wiedererkennungswert sind wichtige Faktoren für die Vermarktung des Wirtschafts- und Tourismusstandortes.

In diesem Zusammenhang ist der Medienstandort Babelsberg ein Aushängeschild für Brandenburg und trägt zur internationalen Bekanntheit unserer Landeshauptstadt bei. Wir bekennen uns klar zu der bisherigen Filmförderung, die sich durch die Erfolge der letzten Jahre bestätigt hat und die es auszubauen gilt.

Bezahlbare und sichere Energieversorgung im 21. Jahrhundert

Angesichts der Herausforderungen des weltweiten Klimawandels ist eine nachhaltige und langfristige Energiestrategie von großer Bedeutung. Dabei sehen wir die drei Hauptziele Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit sowie Umwelt- und Klimaverträglichkeit als Richtlinie für unsere Politik an. Investitionen in Forschung und Entwicklung zukunftsweisender Technologien sind deshalb verstärkt zu fördern. Erneuerbare Energien und Braunkohle, die in Brandenburg einen bedeutenden arbeitsmarktpolitischen Effekt haben, sind für uns ein wesentlicher Bestandteil einer ausgewogenen Energiegewinnung. Mit dem Pilotvorhaben zur Klima schonenden Kohlendioxidabscheidung und -speicherung (CCS) nimmt Brandenburg eine Vorreiterrolle bei der Erprobung von Technologien zur Reduzierung des Kohlendioxidausstoßes ein. Diese Entwicklung kann für Brandenburg von großer wirtschaftlicher Bedeutung sein und muss entsprechend unterstützt werden. Angesichts der Entwicklung der Energiepreise und der vereinbarten Klimaschutzziele ist es notwendig, auch wieder über die Restlaufzeit der vorhandenen Kernkraftwerke zu diskutieren. Deutschland darf sich nicht aus einem Bereich zurückziehen, in dem es weltweit über die höchsten technologischen und sicherheitsspezifischen Standards verfügt.

Moderne und leistungsfähige Infrastruktur

Für uns ist eine funktionierende Infrastruktur nicht nur eine Grundvoraussetzung für die wirtschaftliche Entwicklung, wir begreifen sie auch als einen unverzichtbaren Bestandteil für ein attraktives Leben im ländlichen Raum. Grundsätzlich gilt für uns die Maxime, dass auch die berlinfernen Regionen gut in das Straßen- und Schienennetz des Landes integriert werden müssen. Dies gilt auch für den Öffentlichen Personennahverkehr. Wir wollen den

jetzigen Stand sichern und Alternativlösungen, wie Ruf- oder Bürgerbusse weiter ausbauen. Busse und Bahnen müssen zudem besser aufeinander abgestimmt werden.

Eine wichtige Forderung der CDU wurde bereits umgesetzt: das Land Brandenburg schreibt die Bahnstrecken im Land neu aus. Dadurch können die Kundenzufriedenheit gesteigert und die Strecken effektiver genutzt werden. Im Zuge dieser Ausschreibungen von Bahnstrecken liegt ein Hauptaugenmerk auch auf der Verbesserung von Service und Qualität. Dazu gehört für uns neben der Pünktlichkeit und Freundlichkeit auch ein kundenorientiertes Angebot an die Fahrgäste. Darüber hinaus halten wir es für erforderlich, das Erscheinungsbild von Bahnhöfen und deren Umfeld zu verbessern, da der gegenwärtige Zustand in der Bevölkerung oft als unzureichend angesehen wird.

Als Ergänzung zum bestehenden Schülerverkehr setzen wir uns ferner für ein länderübergreifendes „Juniorticket“ im Verkehrsbereich des VBB ein, um die Mobilität von Schülern und Auszubildenden zu erhöhen.

Durch den Ausbau des Flughafens Berlin Brandenburg International (BBI) werden künftig mehr Passagiere mit öffentlichen Verkehrsmitteln anreisen. Daher fordern wir eine vernünftige bahnseitige Anbindung bis zur geplanten Eröffnung im Herbst 2011. Die CDU Brandenburg will erreichen, dass der Flughafen zu einem wirtschaftlichen Anziehungspunkt für das gesamte Land Brandenburg wird. Dabei wollen wir aber auch die Interessen der Anwohner nicht aus den Augen verlieren. Wir wollen, dass sich die Menschen in Brandenburg mit diesem Airport identifizieren. Dazu gehört für uns auch eine Namensgebung, die von der Bevölkerung in Brandenburg anerkannt ist und in Verbindung mit der Luftfahrttradition der Region steht.

Stadtumbau und Landesplanung entwickeln

Der Stadtumbau Ost ist zweifellos eine der Erfolgsgeschichten der Deutschen Einheit. Mit diesem Bundesprogramm konnten die ostdeutschen Städte bisher wirksam den Auswirkungen des demographischen Wandels entgegenreten. Der erwartete Bevölkerungsrückgang in Brandenburg in Höhe von rund 180.000 Einwohnern bis zum Jahr 2020 stellt auch den Stadtumbau vor große Herausforderungen. Durch eine aktive Umgestaltungspolitik wollen wir weitere Wohnumfeldverbesserungen und die Belebung der Innenstädte erreichen sowie attraktive Lebensbedingungen für die Menschen

schaffen. Dazu zählt für die CDU Brandenburg auch der Wiederaufbau historischer Stadtkerne, Dorfanlagen und Denkmäler. Sie fördern das Bewusstsein der Bürger für ihre Region, ihre Geschichte und damit für ihre Heimat Brandenburg.

Zwischen den Eigentümern von genehmigten Wochenendhäusern und den zuständigen Bauaufsichtsbehörden ist die Nutzung der Gebäude für dauerhafte Wohnzwecke strittig. Wir treten für eine Nutzungsmöglichkeit der Häuser als festen Wohnsitz ein, die vor 1990 errichtet wurden. Wir fordern daher eine verbindliche rechtliche Altfallregelung für die Dauernutzung von Wochenendhäusern, zu Gunsten der Betroffenen.

Für eine Weiterentwicklung der Städte und Gemeinden sind zukunftsfähige Strukturen in der Landesplanung unerlässlich. Für uns ist ein aktives Mitspracherecht der Kommunen bei den Regionalplanungen unerlässlich. Vor diesem Hintergrund ist die kommunale Planungshoheit das wichtigste Merkmal der kommunalen Selbstverwaltung. Deshalb sind die Regionalen Planungsgemeinschaften aufzulösen.

Die Bundesgartenschau 2015 – Eine große Perspektive für eine ganze Region

Der Zuschlag für die Ausrichtung der Bundesgartenschau im Havelland im Jahr 2015 ist vor allem das Verdienst der märkischen Union. Durch unseren Einsatz auf Landes- und kommunaler Ebene kann sich nun eine ganze Region über ein wichtiges Großereignis und die damit verbundenen positiven Effekte freuen. Die Infrastrukturmaßnahmen müssen in der Region so gestaltet und ausgebaut werden, dass sie nachhaltig und effektiv wirken. Die CDU ist und bleibt dafür ein verlässlicher Partner.

3. Moderne Verwaltung – Solide Finanzen – Starke Kommunen

In den nächsten Jahren steht Brandenburg vor großen Herausforderungen. Die Einnahmen des Landes werden stark sinken, weil das Land jedes Jahr weniger Solidarpaktmittel vom Bund erhält. Auch deshalb müssen wir noch sparsamer und wirtschaftlicher mit den Steuergeldern der Bürger umgehen. Der Grundsatz lautet: Das Land kann sich nur das leisten, was dauerhaft finanzierbar ist. Wir bleiben deshalb bei unserer Forderung nach

einem schlanken und leistungsfähigen Staat, der sich auf seine Kernaufgaben beschränkt, diese aber auf hohem Niveau erfüllt.

Kundenorientierte Hochleistungsverwaltung

Effizienz und Bürgernähe müssen die Merkmale einer modernen Verwaltung sein. Wir wollen eine stärkere Kundenorientierung der öffentlichen Verwaltung bei klaren Strukturen und Verantwortlichkeiten. Ein sparsamer Umgang mit den finanziellen Mitteln und eine hohe Leistungsfähigkeit stellen dabei durchaus keinen Gegensatz dar. Durch qualifizierte und motivierte Mitarbeiter, einen stärkeren Servicecharakter, moderne Informationstechnologien und flexiblere Strukturen lassen sich in vielen Bereichen Verbesserungen für die Bürger und die Unternehmen erzielen. Verwaltungshandeln muss von struktureller Klarheit und verständlicher Sprache gekennzeichnet sein.

Leistungsorientierung im öffentlichen Dienst

Eine leistungsfähige Verwaltung braucht eine aktive Personalpolitik, die auf Qualität und Verantwortung setzt und die Leistung in den Mittelpunkt stellt. Deshalb setzen wir neben der Verbesserung von Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten auf moderne Personalentwicklungsinstrumente und eine stärkere leistungsbezogene Bezahlung der Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst. Wir brauchen ein neues Miteinander von Politik, Verwaltung und Unternehmen. Das gemeinsame Ziel muss es dabei sein, Arbeits- und Ausbildungsplätze in Unternehmen zu sichern und neue Beschäftigung zu schaffen. Ermessensspielräume in der Verwaltung müssen zugunsten von Investitionen genutzt werden und der Dienstleistungscharakter gegenüber den Bürgern in den Vordergrund gestellt werden.

Für die effektive Reduzierung und konsequente Vereinfachung bürokratischer Belastungen muss es neben den Hinweisen der Betroffenen auch Vorschläge aus der Verwaltung geben. Deshalb wollen wir ein Vorschlagswesen einrichten, durch das Anreize für Modernisierungsideen aus den Reihen der öffentlichen Verwaltung gesetzt werden. Zusätzlich soll in Zukunft in jedem Ministerium ein Bürgerreferent eingesetzt werden, der als direkter Ansprechpartner bei Bürokratieproblemen zur Verfügung steht.

Breitbandversorgung und eGovernment

Durch die Folgen der demographischen Entwicklung werden für viele Bürger die Wege zu Ämtern und Behörden länger und weiter. Durch ein modernes eGovernment sollen immer mehr Verwaltungsleistungen vom heimischen Computer aus genutzt werden, allerdings ist dafür die Bereitstellung von Breitbandanschlüssen im ganzen Land die grundlegende Voraussetzung. Zudem sind viele Unternehmen auf einen schnellen Internetzugang angewiesen, um wettbewerbsfähig am Markt bestehen zu können. Aus diesem Grund wird sich die CDU für den raschen Ausbau der Breitbandversorgung im ganzen Land sowie den konsequente Ausbau des eGovernment-Angebotes einsetzen. Mit Hilfe von europäischen und Landesförderprogrammen werden wir uns für wirtschaftlich sinnvolle Angebote einsetzen, welche es den Bürgern und Unternehmen ermöglichen, moderne Technologien bezahlbar zu nutzen.

Weniger Bürokratie – mehr Freiheit

Auf unsere Initiative gab es mit dem „Sonderausschuss zur Überprüfung von Normen und Standards“ von 2005 bis 2007 erstmals einen systematischen und zielgerichteten Ansatz zur Verringerung bürokratischer Vorschriften. Diesen erfolgreichen Weg wollen wir fortsetzen und damit spürbare Entlastungen für die Bürger und Unternehmen erzielen. Unter dem Motto „Weniger Bürokratie – mehr Freiheit“ wollen wir alle Vorschriften des Landes auf den Prüfstand stellen. Unser Ziel ist es, den Bürokratieabbau mit neuen Instrumenten voranzutreiben – auch durch weitere Bürokratieabbaugesetze, die echte Entlastungen bringen.

Zukunftsperspektiven statt Schulden

Wir wollen ein starkes Land Brandenburg mit soliden Finanzen. Die CDU setzt sich seit 1999 für eine Abkehr von der Schuldenpolitik ein. Das hat sich ausgezahlt: 2007 und 2008 konnte das Land erstmalig einen ausgeglichenen Haushalt ohne neue Kreditaufnahmen erreichen. Eine Politik auf Pump lehnen wir ab, weil sie das Land durch immer höhere Zinsausgaben lähmt und den nächsten Generationen Chancen raubt. Ein Zurück zur Schuldenpolitik der 90er-Jahre wird es mit der CDU nicht geben. Als ersten Schritt zur Konsolidierung wollen wir schnellstmöglich eine wirksame Schuldenbremse einführen, die schuldenfinanzierte Ausgabewünsche klar in die Schranken weist. Auch in den nächsten Jahren wollen wir hart dafür arbeiten, dass Brandenburg wirtschaftlich und finanziell immer mehr auf eigenen Füßen stehen kann. Wir wollen deshalb klare politische

Prioritäten und Schwerpunkte setzen. Das bedeutet im Umkehrschluss aber auch, dass wir den Einsatz der finanziellen Mittel verändern müssen. Insbesondere gilt es dabei, die Gelder aus den Fonds der Europäischen Union auf den Prüfstand zu stellen und deren Einsatz neu zu definieren.

Kompetenz vor Ort – kommunale Selbstverwaltung stärken

Die CDU Brandenburg steht konsequent für das Prinzip der Eigenverantwortung – auch und gerade im kommunalen Bereich. Wir sind davon überzeugt, dass lokale Lösungen vielen Problemen besser gerecht werden, als eine zentrale Regulierung. Wir setzen uns dafür ein, dass die Selbstverwaltung gestärkt wird und die Städte und Gemeinden in allen geeigneten Bereichen selbst Verantwortung übernehmen können. Deshalb wollen wir im Interesse der Kommunen eine konsequente Aufgabenkritik durchführen, damit mehr Verantwortung an die Kommunen gegeben werden kann.

4. Verantwortungsvolle Gesundheits- und Sozialpolitik

Die Politik der märkischen Union ist geprägt von Solidarität, Mitgefühl und Verantwortungsbewusstsein. Bei Krankheit, Behinderung, im Alter oder bei Schicksalsschlägen können sich die Bürger darauf verlassen, dass ihnen geholfen wird. Die CDU Brandenburg steht dabei für die Selbstverantwortung des Einzelnen, der in einer starken Gemeinschaft des christlichen Miteinanders Halt und Unterstützung findet.

Grundversorgung flexibel sichern

Wir wollen ein Gesundheitssystem, das bei einer veränderten Altersstruktur finanzierbar und leistungsfähig bleibt und bei dem der medizinische Fortschritt bei den Bürgern ankommt. Dabei müssen auch Bürger mit geringen Einkommen eine gute Gesundheitsvorsorge erhalten. Die CDU wird mit allen Akteuren im Gesundheitswesen im kontinuierlichen Dialog bleiben, um gemeinsam die gesundheitliche Versorgung unserer Bürger zu sichern. Dazu zählt insbesondere eine stärkere Einflussnahme auf Bundesebene. In den Grundfachrichtungen sind die stationären Einrichtungen flächendeckend zu erhalten. Der Ausbau der Telemedizin soll Ärzte zusätzlich entlasten und die bürokratischen Einschränkungen verringern. Die Kosten und Honorare im Gesundheitswesen müssen für alle transparent, leistungsgerecht und verständlich sein.

Die Kooperation zwischen ambulanten und stationären Einrichtungen ist weiter auszubauen. Bei der Betreuung älterer, behinderter oder pflegebedürftiger Menschen ist der Grundsatz „ambulant vor stationär“ konsequent umzusetzen. Lücken in der medizinischen Versorgung der Bevölkerung darf es nicht geben. Um die ambulante medizinische Betreuung zu sichern, sollen Ärzte flächendeckend Gemeindefachkräften einsetzen können. Mit einem neuen Stipendiensystem wollen wir in Zukunft junge Medizinstudenten nach dem erfolgreichen Studium dazu bewegen, sich als Ärzte in Brandenburg niederzulassen und somit der ärztlichen Unterversorgung in den ländlichen Gebieten entgegenwirken.

Familienpolitik

Familienfreundlichkeit ist ein Markenzeichen der CDU Brandenburg. Der einzigartige Wert der Familie liegt vor allem in der Verantwortung, die Eltern für Kinder und Kinder für Eltern übernehmen. Diese Verantwortungsgemeinschaft gilt es weiter zu stärken. Das familienpolitische Maßnahmenpaket des Landes muss auf den Prüfstand, ständig weiter entwickelt und an die veränderten Bedürfnisse der Familien angepasst werden. Dabei ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ebenso wichtig wie der weitere Ausbau der Netzwerke für Familien und der Schutz der Kinder vor Vernachlässigung und Misshandlung. Deshalb fordert die CDU Brandenburg die Bildung eines Ausschusses im Landtag, der sich mit den Interessen der Kinder, ihren unterschiedlichen Lebenssituationen und Bedürfnissen befasst. Darüber hinaus müssen die Maßnahmen der Familienbildung in allen Bereichen ausgebaut werden. Dies gilt für frühe Hilfen vor der Geburt, über die Gesundheitsbildung bis ins hohe Alter.

Senioren

Die Senioren haben mit ihrer Lebens- und Arbeitsleistung zu unserem Wohlstand beigetragen. Wir wollen die Rahmenbedingungen deshalb so verbessern, dass sie ihren Lebensabend aktiv und noch stärker nach ihren Vorstellungen gestalten können. Mit dem weiteren Ausbau individueller Wohnformen tragen wir den veränderten Bedingungen sowie der größeren Vitalität und Eigenverantwortung der älteren Generation Rechnung. Der Fach- und Hilfskräftebedarf in der Pflege muss abgesichert werden. Insbesondere in den ländlichen Regionen ist eine senioren- und behindertengerechte Politik vor Ort zu gestalten und durch bürgerschaftliches Engagement zu unterstützen.

Wir werden auch in Zukunft unserer Verantwortung gegenüber der älteren Generation gerecht werden. Die seniorenpolitischen Leitlinien des Landes sind fortzuschreiben und den Veränderungen anzupassen.

Jugendpolitik

Bei der Betreuung von Kindern und Jugendlichen sind die familiären Strukturen noch stärker einzubeziehen. So leisten Eltern in Schulen, Vereinen, Verbänden und Jugendclubs eine unschätzbare Arbeit für die Kinder und Jugendlichen. Dieses Engagement ist stärker zu würdigen, denn ohne diese vielfältige Arbeit sind der Staat und die Gesellschaft überfordert. Mit dem Landesjugendplan wollen wir auch künftig die Jugendarbeit unterstützen und in diesem Zusammenhang wird das Personalstellenprogramm für sozialpädagogische Fachkräfte fortgeschrieben. Kinder- und Jugendparlamente sollen Bestandteil der kommunalen Jugendarbeit werden. Unser Anliegen ist es nach wie vor, dass jeder Jugendliche einen Ausbildungsplatz bekommt. Wir werden das gesellschaftliche Engagement von Jugendlichen im Rahmen eines freiwilligen sozialen Jahres verstärkt unterstützen.

Gleichberechtigung

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, eine von Qualität geprägte Bildung und Betreuung der Kinder sowie notwendige, flexible Hilfen sind die Grundlage unserer Politik für Frauen und Männer. Es sind Leitlinien für die Frauenpolitik in Brandenburg zu entwickeln, welche die vorhandenen Aktivitäten bündeln, die Landesgleichstellungsbeauftragte und die kommunalen Gleichstellungsbeauftragten einbeziehen und einer ständigen Prüfung und Weiterentwicklung unterliegen. Die unterschiedlichen Bedürfnisse von Frauen und Männern in allen Bereichen, insbesondere aber vor dem Hintergrund einer alternden Gesellschaft, sollen in Zukunft in allen Konzepten der Landesregierung berücksichtigt werden. Der Landesaktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Kinder ist fortzuführen.

Sport

Der Sport hat in unserer Gesellschaft eine wichtige soziale Funktion, die maßgeblich durch das Ehrenamt bestimmt wird. Wir wollen ihn deshalb weiter fördern und seine Bedeutung für die Gesellschafts-, Bildungs- und Gesundheitspolitik deutlich hervorheben. Die Sportförderung erfolgt auch künftig aus Mitteln des Landeshaushalts. Sie wird in Höhe von

mindestens 15 Millionen Euro festgeschrieben und kommt dem Leistungs- und dem Breitensport zugute.

5. Freiheit durch Recht und Sicherheit

Die CDU Brandenburg steht für eine konsequente Politik zum Schutz der Bürger und eine wehrhafte Demokratie. Ohne Sicherheit kann es keine Freiheit geben. Die Menschen sollen sich in unserem Land sicher fühlen und ohne Angst vor Verbrechen leben. Seit die CDU Regierungsverantwortung im Bereich von innerer Sicherheit und Justiz trägt, gehört Brandenburg zu den sichersten Ländern. Die Durchsetzung des geltenden Rechts gegen Gewalt, Kriminalität, Extremismus und Terrorismus wollen wir mit allen rechtsstaatlich zulässigen Mitteln zum Schutz der Bürger in Brandenburg auch in Zukunft sichern. Gegenüber Straftätern gibt es „Null-Toleranz“. Die CDU ist und bleibt die Partei der inneren Sicherheit.

Für eine moderne und zukunftssichere Polizei

Sicherheit, Recht und Ordnung sind Grundbedürfnisse der Bürger. Der Schutz vor Kriminellen für ein lebenswertes Brandenburg ist daher sehr wichtig. Die CDU hat Brandenburg mit der Polizeistrukturereform für die Bürger sicherer gemacht. Unsere Polizei verfügt jetzt über bundesweit anerkannte moderne Strukturen und Abläufe. Andere Länder orientieren sich daran. Für Ihre Leistungen zum Wohle der Gemeinschaft gebührt den Polizeibediensteten Respekt und Anerkennung.

Die Polizei muss sich verstärkt auf ihre Kernaufgaben konzentrieren, um das richtige Maß an Präsenz zu garantieren. Durch Neueinstellungen ist der zunehmenden Überalterung entgegenzuwirken. Ein weiterer Personalabbau bei der Polizei wird deshalb nicht angestrebt. Einsparungen dürfen nicht zu Lasten der Bürgernähe gehen. Wir setzen uns daher für eine weitere Verstärkung des Personals auf der Straße und einen verbindlichen Einstellungskorridor ein. Wir wollen jungen Menschen eine berufliche Perspektive in der Polizei ermöglichen sowie Polizeidienststellen bürgernah erhalten und weiter modernisieren.

Wir benötigen zudem eine modern ausgestattete und einsatzstarke Polizei. Hierzu zählt die Einführung des zukunftsweisenden Digitalfunks. Moderne Sicherheitspartnerschaften mit allen öffentlichen Trägern - besonders mit den Kommunen - und mit seriösen privaten Sicherheitsunternehmen können die Sicherheit zusätzlich erhöhen. Eine mit moderner Technik ausgestattete Kriminalpolizei muss über effektive Ermittlungsmethoden, auch zur Bekämpfung von Extremismus und Terrorismus nach dem „Null-Toleranz-Prinzip“ verfügen. Wirksame Befugnisse sind notwendig, um auch modernen Verbrechen wie Internetbetrug und Kinderpornografie effektiv begegnen zu können. Wir stehen für die Beibehaltung und den Ausbau automatisierter Kennzeichenerfassung sowie der Mobiltelefonüberwachung und -ortung. Das Bundesverfassungsgericht hat vor allem Brandenburger Regelungen als vorbildhaft bewertet, weil sie sich auf den konkreten Verdachtsfall konzentrieren.

Gerechtigkeit braucht eine starke Justiz

Die Justiz ist ein Garant der bürgerlichen Freiheit und untrennbar mit einer erfolgreichen Innen- und Sicherheitspolitik verbunden. Sie überprüft das Handeln des Staates, schützt die Interessen der Bürger und sichert den Rechtsfrieden in der Gesellschaft. Wir werden auch in Zukunft dafür sorgen, dass die Justiz alles erhält, um den Bedürfnissen der Rechtspflege in einem Flächenland gerecht zu werden. Seit die CDU Verantwortung für das Ministerium trägt, gab es keinen Ausbruch aus den Gefängnissen Brandenburgs mehr. Dies ist der hohe Maßstab, den wir auch in Zukunft anlegen.

Verkehrssicherheit und öffentliche Ordnung

Geschwindigkeitsmessungen bleiben wirksame Maßnahmen um rücksichtslose Raser zu bestrafen und die Zahl unschuldiger Unfallopfern zu verringern. Jedoch zeigen viele Bürger für kleinliche Kontrollen fernab von Unfallschwerpunkten kein Verständnis. Einnahmen aus Buß- und Verwarnungsgeldern können kein Notnagel zum Füllen der Haushaltskassen sein.

Sachbeschädigungen und Farbschmierereien schaden der Lebensqualität der Allgemeinheit und müssen auch durch ausreichende Präsenz, beschleunigte Verfahren und abschreckende Strafen konsequent bekämpft werden. Vor allem Kinder, Frauen und ältere Bürger haben ein Recht darauf, sich ohne Angst und frei von Belästigungen auf unseren Straßen aufhalten zu können.

Jugendschutz ist Zukunftssicherung

Auch weiterhin ist die Zahl gewaltbereiter Jugendlicher erschreckend hoch. Polizei, Staatsanwaltschaft, Gerichte und Jugendämter müssen noch entschlossener gegen Jugendkriminalität und Gewaltbereitschaft vorgehen. Alkohol- und Drogenmissbrauch müssen wirksam bekämpft und die Einhaltung der Jugendschutzbestimmungen bei Computerspielen wirksam kontrolliert werden. Wir sind für die Durchführung von Testkäufen zur Kontrolle der Einhaltung der Jugendschutzbestimmungen. Präventionsprogramme zum Opfer-, Kinder- und Jugendschutz müssen regelmäßig auf ihre Wirksamkeit überprüft werden. Ihre nachhaltige Wirkung muss erwiesen sein, um öffentliche Mittel und gemeinnütziges wie bürgerschaftliches Engagement effektiv zu verbinden. Eine Mittelverteilung nach dem Gießkannenprinzip können wir uns nicht weiter leisten.

6. Unsere Landwirtschaft hat Perspektive

Die Landwirtschaft ist und bleibt eine tragende Säule im und für den ländlichen Raum – auch und vor allem als Arbeitgeber. Rund 8.000 Betriebe und etwa 30.000 Beschäftigte sind ein wichtiger Wirtschaftsfaktor im Land Brandenburg. Die CDU Brandenburg steht für eine nachhaltige Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft, die umweltfreundlich ist, Tiere artgerecht hält, die Kulturlandschaft pflegt und mit Bioenergie sowie nachwachsenden Rohstoffen einen besonderen Beitrag zum Klimaschutz und zur Energieversorgung leistet. Wir setzen auf faire Wettbewerbsbedingungen, auf mehr Markt, mehr Selbstbestimmung, weniger Bürokratie und Stärkung regionaler Verantwortung.

Faire Wettbewerbsbedingungen

Die Agrarstruktur Brandenburgs ist vielfältig. Wir meinen, dass alle Betriebsgrößen und Rechtsformen ihre Chance haben sollen. Förderprogramme müssen dem Prinzip des fairen Wettbewerbs verpflichtet sein und dürfen niemanden benachteiligen. Insbesondere die Agrarumweltprogramme und die Ausgleichszulage sind notwendig, um eine flächendeckende Bewirtschaftung sicherzustellen. Die Modulationsmittel müssen allen Landwirtschaftsbetrieben über entsprechende Förderrichtlinien wieder zufließen. Durch innovationsfreundliche Rahmenbedingungen werden wir die Agrarforschung und das hohe Niveau der Ausbildung sichern.

Mehr Markt

Wir wollen das unternehmerische Handeln der Landwirte stärken. Dazu gehört auch die konsequente Erschließung neuer Absatzmärkte und Einkommensalternativen. Die Verwendung von Produkten der Land- und Forstwirtschaft als nachwachsende Rohstoffe ist zu begrüßen, weil über eine steigende Nachfrage auch Lebensmittel wieder höhere Wertschätzung erfahren.

Mehr Selbstbestimmung

Landwirte brauchen unternehmerische Freiheit, um ihre Betriebe stabil zu entwickeln. Deshalb wenden wir uns strikt gegen Patente auf lebende Organismen, aus denen gravierende Abhängigkeiten folgen. Die Schöpfung ist keine Erfindung, die sich patentieren lässt. Nutzpflanzen und Nutztiere müssen in der freien Verfügung der Landwirtschaft bleiben.

Weniger Bürokratie

Eine unnötige Belastung stellt die Bürokratie im Zusammenhang mit der EU-Agrarförderung dar. Wir fordern ein vereinfachtes Antragsverfahren und eine verminderte Regelungsdichte. Die EU-Agrarpolitik muss Brandenburgs Landwirten langfristige Planungssicherheit bieten. Nationale Alleingänge lehnen wir ab. So sind beispielsweise die Steuern auf Agrardiesel europaweit zu vereinheitlichen, und die überzogenen Auflagen für tierische Veredelung müssen dahingehend korrigiert werden, dass hier wieder mehr investiert wird.

Stärkung regionaler Verantwortung

Eigentum verpflichtet! Ein breit gestreutes Eigentum an Boden verbindet die Menschen mit ihrer Heimat. Eigentum ist die Voraussetzung für Privatinitiative und Wertschöpfung auch im ländlichen Raum. Ortsansässige Land- und Forstwirte sollten beim Erwerb ehemals volkseigener Flächen vorrangig berücksichtigt werden.

Landwirtschaft und Naturschutz mit den Bürgern

Auch beim Schutz der Umwelt und der Erhaltung der Artenvielfalt setzen wir verstärkt auf Eigeninitiative und Selbstverantwortung. Der Staat hat dabei in erster Linie eine übergeordnete Ordnungsaufgabe, denn Umweltpolitik muss von allen Teilen der Gesellschaft gelebt und langfristig in unserem Denken und Handeln verankert sein.

Umweltschutz erfordert Kooperation statt Konfrontation. Wir setzen deshalb auf freiwillige Vereinbarungen und den Vertragsnaturschutz. Die Landwirte sehen wir als Partner des Naturschutzes.

Brandenburg ist zu großen Teilen Agrarland, und wir sind stolz darauf. Die CDU war zu allen Zeiten ein Garant der nachhaltig betriebenen Land- und Forstwirtschaft. Sie sieht in den bäuerlichen Betrieben eine solide Grundlage für die Wirtschaftskraft und Entwicklung im ländlichen Raum.

7. Wissenschaft, Forschung und Kultur – Tradition und Zukunft

Unsere Hochschulen sind bundesweit profiliert, beliebt und zeichnen sich durch ein hohes Maß an Familienfreundlichkeit aus. Dies belegen die kontinuierlich steigenden Studierendenzahlen. Im Wintersemester 2003/2004 studierten rund 26.000 junge Menschen in unserem Land, mittlerweile haben wir einen neuen Höchststand von 45.000 erreicht. Die Forschungsregion Berlin-Brandenburg ist eine der größten und leistungsfähigsten Deutschlands. Dies sind die Ergebnisse erfolgreicher Wissenschafts- und Forschungspolitik der letzten Jahre in Verantwortung der CDU.

Moderne Hochschulen brauchen Freiheit

Den Universitäten und Fachhochschulen wurde ein hohes Maß an Eigenverantwortung und Autonomie eingeräumt und die Mittelzuweisung leistungsorientiert ausgestaltet. Die Viadrina in Frankfurt (Oder) verfügt als erste Stiftungsuniversität Ostdeutschlands über ein einzigartiges Profil. Durch die Einführung der Bachelor- und Masterstudiengänge wird es künftig eine stärkere Differenzierung der Studienangebote geben. Die einzelnen Hochschulen werden somit noch stärker selbstständige Profile entwickeln, was zu einem Wettbewerb um die besten Konzepte der Hochschulen führen wird. Auch im Hochschulbereich hat sich gezeigt, dass Wettbewerb und Freiheit die besten Voraussetzungen für eine dynamische und erfolgreiche Entwicklung sind. Dieser Kurs war richtig und wird daher fortgesetzt.

Studieren lohnt sich – besonders in Brandenburg

Die märkische Union wird auch künftig dafür Sorge tragen, dass es sich lohnt, in Brandenburg zu studieren. Dabei wollen wir auch weiterhin ein Erststudium ohne Studiengebühren anbieten und ein leistungsfähiges Stipendiensystem aufbauen. Gleichzeitig werden wir das hohe Niveau von Forschung und Lehre erhalten und ausbauen. Ein zentraler Ansatzpunkt unserer Politik ist die Familienfreundlichkeit – und das gilt auch und besonders für die Hochschulen. Mit dem „Qualitätsversprechen Kinder und Karriere“ sollen die Hochschulen in den kommenden Jahren die Bedingungen zur Vereinbarkeit von Familie, Studium und Wissenschaftsbetrieb noch weiter verbessern. Diese Familienfreundlichkeit ist ein wesentlicher Trumpf für Brandenburg im Wettbewerb um die besten Köpfe.

Vernetzung von Wirtschaft und Wissenschaft

Wir wollen die Verbindungen von Wissenschaft und Forschung zur Wirtschaft vertiefen und ausbauen. Dabei geht es zum einen darum, den Technologietransfer und die anwendungsorientierte Forschung zu unterstützen. Zum anderen gilt es, dem Fachkräftemangel mit qualifizierten jungen Kräften zu begegnen, auf die insbesondere viele kleine und mittlere Unternehmen in der Region angewiesen sind. Mit dem Landesinnovationskonzept existiert dafür bereits ein guter Rahmen, den wir praxisgerecht weiterentwickeln wollen.

Kulturland– Vielfalt und Schönheit bewahren

Brandenburg ist eine reiche Kulturlandschaft mit einzigartigen historischen Schätzen. Rund 350 Museen, etwa 26.000 Boden- und mehr als 11.000 Baudenkmale, viele Gedenkstätten sowie rund 500 Schlösser und Herrenhäuser sind Grund genug, vom „Kulturland Brandenburg“ zu sprechen. Die Erhaltung und Förderung von Denkmälern sowie Kunst und Architektur sehen wir als tiefe Verpflichtung, denn darauf beruhen Identität und Verbundenheit mit unserem Heimatland.

Theater- und Musikangebote

Orchester, Chöre, Theater- und Musikeinrichtungen des Landes wollen wir im aktuellen Bestand langfristig sichern und dabei die Kooperationen zwischen freien und öffentlichen Einrichtungen fördern. Wir wollen die kulturellen Angebote durch flexible und mobile Lösungen auch in der Fläche des Landes weiterhin erhalten.

8. Zukunft des ländlichen Raums – Zukunft für Brandenburg

Brandenburg ist ein ländlich strukturiertes Land. Viele Bürger leben und arbeiten in größerer Entfernung zur Metropole Berlin, in Dörfern und kleinen Städten. Dort ist ihre Heimat, die sie lieben und mit der sie verbunden sind. Auch wenn der Bevölkerungsrückgang besonders in den ländlichen Gebieten spürbar ist, wird es mit der CDU in Brandenburg keine „kontrollierte Verwilderung“ geben. Wir wollen, dass auch in Zukunft ein lebenswertes Umfeld im ländlichen Raum besteht und wir werden für Rahmenbedingungen sorgen, die jungen Familien genauso gerecht werden, wie der älteren Generationen. Dies bedeutet konkret:

- ausreichende medizinische Versorgung,
- Gewährleistung eines bedarfsgerechten öffentlichen Personennahverkehrs,
- Sicherung der Schulstandorte,
- Erhalt der Verkehrsinfrastruktur,
- bedarfsgerechtes Angebot an Breitbandanschlüssen für ein schnelles Internet,
- Erhalt der kulturellen Angebote,
- Förderung des Gemeinschaftslebens und
- bedarfsgerechter Umbau des vorhandenen Wohnangebots für die älteren Generationen.

Flexible und intelligente Lösungen zur Grundversorgung

Schon jetzt bestehen in manchen Regionen Brandenburgs Defizite, die auf die sinkenden Einwohnerzahlen und immer enger werdende finanzielle Möglichkeiten zurückzuführen sind und die sich in Zukunft weiter verschärfen. Wir setzen dabei auf intelligente und flexible Lösungen wie Dorfläden, welche gleichzeitig Poststelle, Kommunikationszentrum und Lebensmittelladen sind. Flankiert von mobilen Apotheken, Bibliotheken, Hol- und Bringdiensten oder dem von uns bereits erfolgreich initiierten Modell der Gemeindegewerkschaften können so die wichtigsten Strukturen in neuer Form erhalten werden. Ein leistungsfähiger Internetzugang ist mittlerweile unverzichtbarer Bestandteil der Grundversorgung. Die technische Umsetzung einer bedarfsgerechten Breitbandversorgung wollen wir maßgeblich unterstützen, ohne dabei in den Wettbewerb einzugreifen.

Eigenverantwortung und Ehrenamt stärken

Wir setzen in besonderem Maße auf die Eigenverantwortung, den Ideenreichtum und das bürgerschaftliche Engagement vor Ort. Wir wollen dabei vor allem Initiativen zur Selbsthilfe unterstützen, denn wir wissen um den starken sozialen Zusammenhalt auf dem Land und das ausgeprägte ehrenamtliche Engagement in Vereinen, Verbänden und den Kirchen. Es gilt, die Leistungsfähigkeit der Ehrenamtlichen für die Gesellschaft zu erhalten und durch steuerliche Anreize zu fördern.

Ganz besonders die Feuerwehren haben dabei eine große Bedeutung für die Integration und Sozialisation junger Menschen in Brandenburg. Sie sind ein Kernstück der Gesellschaft und leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur zivilen Gefahrenabwehr und damit für die allgemeine Sicherheit. Wir unterstützen die Feuerwehren auch in Zukunft und setzen uns für eine Änderung beim Finanzausgleichsgesetz ein, um eine finanzielle Unterstützung für 1.000 LKW-Führerscheine für die Kameraden der freiwilligen Feuerwehr zu ermöglichen. Aber auch der Mitgliedersteigerung bei den Jugendfeuerwehren gilt unser Augenmerk, denn die beste Ausstattung nützt ohne Personal nichts.

9. Geschichte prägt unsere Perspektive

Verantwortungsvoller Umgang mit unserer Geschichte

Nur wenn man die eigene Geschichte kennt, versteht und richtig einordnet, kann man verantwortungsvoll die Zukunft gestalten. Wir wollen eine intensive und ehrliche Auseinandersetzung mit unserer Geschichte – nicht zwischen politischen Parteien und Personen, sondern in der Schule, der Gesellschaft und vor allem mit der künftigen Generation Brandenburger Bürger.

Die intensive Aufarbeitung der NS-Diktatur war und ist die unabdingbare Voraussetzung für die Entwicklung unserer Demokratie. Für die DDR ist eine solche Aufarbeitung nicht weniger wichtig, denn Werte wie Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Toleranz gewinnen ihre Bedeutung nur in Abgrenzung zu beiden Diktaturen des 20. Jahrhunderts auf deutschem Boden. Die Aufarbeitung der DDR-Geschichte ist daher von großer Bedeutung, vor allem um den Schülern ein realistisches Bild zu vermitteln – ohne Verklärungen oder Verharmlosungen, aber auch ohne kollektive Schuldzuweisungen. Es gab den

Unrechtsstaat mit Repressionen, Mauerbau und Staatssicherheit. Aber es gab auch individuelles Glück. Beides darf nicht so miteinander vermengt werden, dass es zu einer Schönfärbung oder Verharmlosung dieser Diktatur kommt.

Auch die Thematik Flucht und Vertreibung muss sachlich und unter Würdigung aller Perspektiven behandelt werden. Wir wollen die Erinnerung an die über 560.000 Vertriebenen wach halten, die nach dem Zweiten Weltkrieg hier in Brandenburg ein neues Zuhause fanden. Ihr kulturelles Erbe prägt noch heute viele Familien. Gleichzeitig wissen wir um die positive Brückenfunktion der Vertriebenen zu unseren östlichen Nachbarstaaten aufgrund ihres besonderen geschichtlichen Hintergrunds. Die CDU Brandenburg versteht sich als Anwalt für die Anliegen der deutschen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge, der Aussiedler und Spätaussiedler. Deshalb sollen Flucht und Vertreibung der Deutschen aus Ost- und Südosteuropa vor und nach dem 2. Weltkrieg Bestandteil der Lehrpläne für Schulen und bei der Lehrerfortbildung in Brandenburg werden.

Berlin-Brandenburg

Die CDU Brandenburg bekennt sich zu dem Ziel eines gemeinsamen Bundeslandes Berlin und Brandenburg. Schon jetzt ist die wirtschaftliche und institutionelle Verflechtung so groß, wie zwischen keinen anderen Ländern in der Bundesrepublik. Die vorhandenen Potenziale der Metropolenregion Berlin-Brandenburg sind deutlich besser zu entwickeln und zu nutzen. Wir wollen mit einer Politik der kleinen Schritte weiter darauf hinarbeiten, dass die Länderfusion eine breite Zustimmung in der Bevölkerung findet. Nur so kann das Zusammengehen gelingen. Die Landeshauptstadt eines gemeinsamen Landes soll Potsdam sein.

Europa

Brandenburg liegt im Osten Deutschlands und damit im Herzen Europas. Mit unseren polnischen Nachbarn verbindet uns eine Freundschaft und Zusammenarbeit, die wir weiter vertiefen wollen. Wir werden stets unsere märkischen Interessen in Brüssel selbstbewusst vertreten. Dabei steht die CDU fest zu den Prinzipien und Idealen der Europäischen Union. Wir setzen uns dafür ein, dass die Brandenburger noch stärker von den wirtschaftlichen Vorteilen der EU profitieren. Unsere Bürgerinnen und Bürger müssen sich auch in der erweiterten Gemeinschaft sicher fühlen.